

Flüchtlingskinder im Libanon e.V.
www.lib-hilfe.de
c/o Ingrid Rumpf
Birnenweg 2
D-72793 Pfullingen
Tel.: 0049 7121 78556
irumpf@lib-hilfe.de

November 2024

Betr: CDU-Antrag 0271/2024 AN

Es reicht! Palästinakomitee Stuttgart e. V. aus dem Forum der Kulturen ausschließen

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat!

Wir möchten uns zu diesem Antrag äußern, weil unser Verein wegen der Wanderausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“, die von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg gefördert wurde, selbst zur Genüge mit ähnlichen unhaltbaren Verleumdungen konfrontiert ist.

Nachdem bereits frühere Versuche, dem Palästinakomitee Stuttgart e.V. seine Rechte zu verweigern, an juristischem Widerspruch gescheitert sind, möchten wir Sie auffordern, Ihren obigen Antrag zurück zu ziehen. Der Antrag basiert erstens auf unzulässigen Interpretationen von Sachverhalten und wird deshalb auch diesmal juristisch nicht haltbar sein. Zweitens ist er kein Beitrag zum Kampf gegen Antisemitismus, er fördert ihn vielmehr. Drittens bedroht er den zivilgesellschaftlichen Frieden und beschädigt die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit und die für eine lebendige Demokratie essentielle offene Debattenkultur.

In dem Antrag wird, ebenso wie bei der jüngst vom Bundestag verabschiedeten Antisemitismus-Resolution, deutlich, wie die verantwortlichen PolitikerInnen versuchen, das Judentum und seine Werte ausschließlich auf israelisches Regierungshandeln zu reduzieren und wie sie damit jede Kritik an israelischer Politik als antisemitisch meinen brandmarken zu können. Die universellen Werte des Judentums wie Achtung der Menschenwürde, Humanität, Dialogbereitschaft, kritisches Denken, Toleranz und Weltoffenheit, aber auch einfach Humor und Witz werden damit nicht nur negiert, sondern diffamiert. Das geht so weit, dass deutsche PolitikerInnen sich erdreisten, festzulegen, welches „gute“ und welches „schlechte“ Jüdinnen und Juden sind, welche Jüdinnen und Juden hier willkommen sind und welche nicht. „Schlechte“ Jüdinnen und Juden sind diejenigen, die Kritik an israelischer Politik üben, „gute“ Jüdinnen und Juden stehen fest an der Seite der gegenwärtigen israelischen Regierung. Diese Haltung beschädigt das Judentum und die Jüdinnen und Juden und ist nichts anderes als Antisemitismus.

Hinzu kommt, dass der Antrag jeglichen Hinweis auf die Zehntausende von Toten, Verletzten und Millionen Vertriebenen in Gaza durch die vernichtenden Angriffe der israelischen Armee vermissen lässt, Angriffe, die jetzt auch im Libanon begonnen haben. Kein Hinweis und erst recht kein einziges Wort des Mitgefühls für die Menschen dort. Sie verweigern darüber hinaus den bei uns lebenden PalästinenserInnen nicht nur jedes Verständnis für ihren berechtigten Schmerz und ihre tiefe Betroffenheit, Sie versagen ihnen vielmehr mit allen Ihnen vermeintlich zu Gebote stehenden Mitteln, sämtliche Möglichkeiten, ihren Schmerz und Protest zum Ausdruck zu bringen. Sie betreiben damit die Spaltung der Zivilgesellschaft und vergiften das politische Klima. Bitte lesen Sie hierzu auch den Artikel in der TAZ „Lehren aus den Gaza-Protesten“ vom 16.10.2024 von Charlotte Wiedemann: <https://taz.de/Lehren-aus-den-Gaza-Protesten/!6040006/>

Wir hoffen darauf, dass sich zumindest bei den anderen Gemeinderatsfraktionen diese Einsicht durchsetzen wird und dass der Stadtverwaltung die rechtliche Problematik Ihres Antrags bewusst ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Rumpf

PS. Der Brief ging z.K. auch an Oberbürgermeister Dr. Nopper und an die Gemeinderatsfraktionen und -gruppen mit Ausnahme der AFD.